



Sitzung vom

26. April 2016

Mitgeteilt den

27. April 2016

Protokoll Nr.

391

Auftrag Felix (Haldenstein)

betreffend umfassende bildungspolitische Strategie unter Einbezug der Wirtschaft

Antwort der Regierung

Die Regierung hat verschiedentlich dargelegt und dabei insbesondere im Bericht Wirtschaftsentwicklung im Kanton Graubünden (Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 5/2014–2015) darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten und die Wirkung der Wirtschaftsentwicklung im engeren Sinne begrenzt sind. Für die Wirtschaftsentwicklung im umfassenden Sinne bedeutungsvoll sind jedoch in allen Bereichen der Politik wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören selbstverständlich attraktive Bildungsangebote auf allen Stufen. Konkret hielt die Regierung in den entsprechenden Abschnitten der Botschaft (S. 305, S. 309) fest, dass

- für den Bereich Bildung die Hochschulstrategie 2015–2020 das Ausbildungsangebot der Hochschulen so festlegt, dass es zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons, seiner Regionen und seiner Unternehmungen beiträgt, national beachtet wird und nationale und internationale Qualitätsanforderungen erfüllt;
- die Bündner Forschungsstrategie für die Jahre 2015–2020 auf die entsprechende Hochschulstrategie abgestimmt wird und die Profilierung sowie die Allokationsmechanismen für die Forschung festgelegt werden.

Umgesetzt werden diese strategischen Vorgaben gemäss dem Bericht Hochschul- und Forschungsstrategie (H & FS) des Kantons Graubünden, welchen die Regierung im Dezember 2015 zur Kenntnis genommen hat.¹ Zur Bewältigung der anstehenden wirtschaftlichen Herausforderungen leisten die verschiedenen Bildungsebenen aufeinander abgestimmte, stufenspezifische Beiträge, welche als Mosaiksteine eines Gesamtbildes zu betrachten sind. Aus Sicht der Unternehmungen wichtig sind dabei insbesondere die Berufsbildung und die Tertiärbildung (Höhere Fachschulen, Fach-

¹ <https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/ekud/ahb/projekte/HFundForschung/Seiten/default.aspx>

hochschulen). Das Bildungsfundament wird jedoch an der Volksschule gelegt, wobei künftig der Lehrplan 21 die Richtung weist.

Die im Auftrag beschriebenen Problemfelder konkretisieren die anstehenden Herausforderungen. Das Regierungsprogramm 2017–2020 trägt diesem Umstand Rechnung. So wurde die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur bereits zur selbstständigen Akkreditierung zugelassen, die Evaluation eines geeigneten Standortes für ein Hochschulzentrum ist angelaufen, zur Stärkung des Ausbildungsangebotes der HTW hat die Regierung die Studiengänge für Architektur und Photonics bewilligt und zur Unterstützung der Forschungstätigkeit kooperiert die HTW mit der Graduate School Graubünden. Diese Massnahmen gepaart mit guten Ausbildungs- und Forschungsleistungen tragen dazu bei, dass die HTW als nationaler Ausbildungs- und Forschungsstandort wahrgenommen und gefestigt wird.

Um auf der Sekundarstufe II (Berufsbildung und Mittelschulen) einen innerkantonalen Verdrängungswettbewerb um Schülerinnen und Schüler (SuS) zu vermeiden, hat die Regierung für die Aufnahme an die Mittelschulen festgelegt, dass die prozentualen Anteile der SuS zwischen der Berufsbildung und der Mittelschulausbildung nicht zu Lasten der einen oder anderen Ausbildung verändert werden. Umgesetzt wird diese Vorgabe mit dem kantonalen Aufnahmeverfahren an die Mittelschulen.

In den strategischen Überlegungen der Regierung wurden der innerkantonale Geburtenrückgang sowie der Wettbewerb unter den verschiedenen Bildungsinstitutionen berücksichtigt. Dabei ist zu beachten, dass der Kanton Graubünden insbesondere im tertiären Ausbildungsbereich auf den Zuzug von ausserkantonalen Studierenden angewiesen ist. Die relevanten bildungspolitischen Strategien bezogen auf die einheimische Wirtschaft wurden an die Hand genommen und werden im Rahmen des Regierungsprogrammes 2017–2020 weiterentwickelt bzw. umgesetzt.

Somit sind die wesentlichen strategischen Grundlagen vorhanden. Die Umsetzung sowie die Weiterentwicklung erfolgt auch in Zukunft in Absprache mit den betroffenen Institutionen und Vertretungen der Wirtschaft. Die Regierung ist bereit, den Auftrag im Sinne dieser Ausführungen entgegenzunehmen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen